

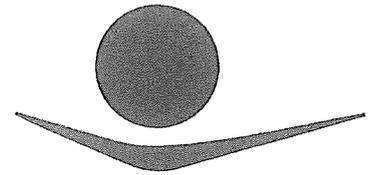
Den Mitgliedern des AfsAGG

THÜR. LANDTAG POST
15.01.2024 10:26

11391 2024

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/3180

zu Drs. 7/8556/8922



Hebammen-
landesverband
Thüringen e.V.

Anhörungsverfahren

Thüringer Gesetz zur Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Freistaat
Thüringen

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

-Drucksache 7/8556-korrigierte Fassung

Thüringer Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, Der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

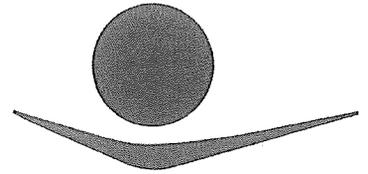
-Drucksache 7/8922

Stellungnahme

Der Hebammenlandesverband Thüringen begrüßt, dass eine Neuordnung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der angrenzenden Strukturen in Thüringen in Angriff genommen wird und sieht es als außerordentlich wichtig an, den digitalen Wandel dabei aufzugreifen und besonders die Lehren aus der Corona-Pandemie umzusetzen. Auf Prävention zu setzen und sich stark auf den Public-Health-Ansatz zu beziehen, ist äußerst begrüßenswert. Es ist dabei durchaus sinnvoll, auf bestehende Strukturen aufzubauen, weshalb sich die Vorschläge des Verbands im Folgenden vornehmlich auf den Antrag von der Fraktion Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beziehen.

Die Corona-Pandemie war eine sehr herausfordernde Zeit, die schnelle Antworten auf neue Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung notwendig machte. Die Berufsgruppe der Hebammen musste dabei immer wieder die Erfahrung machen, dass sie in wichtigen Verordnungen nicht berücksichtigt wurde und die Bedarfe von Schwangeren, Gebärenden und jungen Familien nicht genügend mitgedacht wurden. Das Vergessen des Hebammenberufes bei den Verordnungen und Notfallkonzepten hat zu außerordentlichen Schwierigkeiten geführt, was die alltägliche Berufsausübung gerade auch der freiberuflichen Hebammen anging. Und das, obwohl gerade in gesundheitlichen Ausnahmesituationen die Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen eine besondere Aufmerksamkeit und ggfs. auch spezielle Regelungen benötigt.

Hebammen können und sollten auch in zentralen Aufgabenbereichen des ÖGD einen wichtigen Beitrag leisten. Die Gesundheitsförderung und Beratung von Schwangeren und jungen Familien hat nicht nur Auswirkungen auf den Verlauf von Schwangerschaft und Geburt, sondern auch einen entscheidenden Einfluss auf die langfristige Entwicklung der Gesundheit von Mutter und Kind und stärkt somit den präventiven Ansatz. Ganz besonders wichtig anzumerken ist auch die Rolle von Hebammen in der Beratung vulnerabler Gruppen und bei präventiven Maßnahmen im Bereich Alkohol- und Tabakkonsum. Aber auch zur Beratung in neueren Themenfeldern, wie beispielsweise im Bereich Hitzeschutz, können



Hebammen einen entscheidenden Beitrag leisten, weil sie mit den betroffenen vulnerablen Gruppen alltäglich in Kontakt kommen.

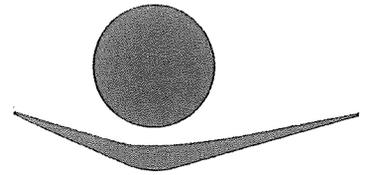
Um eine angemessene Versorgung der Thüringer Bevölkerung mit Hebammenleistungen sicherzustellen, wäre es außerordentlich wichtig, das Thema Fachkräfte und Personalmangel auch im Bereich der Hebammen strukturell anzugehen. Schon die Erfassung der freiberuflich arbeitenden Hebammen erfolgt nicht systematisch, obwohl sie eine kritische Versorgungsleistung für Schwangere sowie junge Familien leisten.

Der Hebammenlandesverband Thüringen regt daher dringend an, die Neuordnung des ÖGD dazu zu nutzen, auf Ebene des Landesamtes für Verbraucherschutz als obere Gesundheitsbehörde und Mittelbehörde eine Stelle zu schaffen, die koordinierende und beratende Aufgaben im Bereich der Hebammenversorgung übernehmen kann. International gibt es einschlägige Beispiele für Hebammen mit koordinierenden und beratenden Aufgaben an der Schnittstelle zwischen Politik und Gesundheitsversorgung.

In Deutschland hat beispielsweise Bremen nun die Stelle einer Amtshebamme im Gesundheitsamt geschaffen. Diese soll Strukturen schaffen für die Vernetzung, Berufsaufsicht und Datenerhebung in der ambulanten Hebammen- und Familienhebammentätigkeit. Dazu gehören konkret Aufgaben wie der Aufbau und die Pflege eines Hebammenregisters, die Anwerbung von Fachkräften und das Beschwerdemanagement.

Aufbauend auf den Entwurf für den ÖGD in Thüringen sind folgende konkrete Anknüpfungspunkte denkbar:

- Laut §8, Absatz 1 sind die unteren Gesundheitsbehörden explizit auch für die Beratung von Schwangeren und Eltern zuständig. Laut §19, Absatz 1 obliegt der oberen Gesundheitsbehörde die landesweite Koordinierung der unteren Gesundheitsbehörden sowie die fachliche Beratung und Unterstützung. Um eine fachlich fundierte Beratung zu gewährleisten sollte die Expertise einer Hebamme in Form einer Amtshebamme fest etabliert werden.
- Diese könnte die Medizinalaufsicht nach §17 und die Gesundheitsberichterstattung, wie in §10 beschrieben, unterstützen.
- §11 regelt die Kinder- und Jugendgesundheit. Zu ergänzen wäre an dieser Stelle oder auch bei §8 Absatz (1),1 die Einrichtung von Mütter- und Familienberatungsstellen, wie sie beispielsweise am Erfurter Gesundheitsamt fest etabliert ist. Dort werden insbesondere vulnerable Familien betreut und Impfungen durchgeführt. Die Untersuchung und Beratung von Schwangeren, Wöchnerinnen und Stillenden sehen wir als eine Aufgabe von Hebammen. Die Stellenbeschreibungen sollten dahingehend dringend ergänzt werden.
- §19, Absatz 2 zählt die weiteren Aufgaben der oberen Gesundheitsbehörde auf. Als voll akademisierte Berufsgruppe sollten die Hebammen bei der Vermittlung zwischen



Wissenschaft und Praxis und der Zusammenarbeit mit den Hochschulen eine Rolle spielen und sich an der Entwicklung fachlicher Konzepte und Strategien beteiligen. Die Mitarbeit von Hebammen oder Hebammenwissenschaftlerinnen an Konzepten wie dem Rahmenpandemieplan für das Land Thüringen kann zukünftige Fehlplanung verhindern und dafür Sorge tragen, dass in solchen Ausnahmesituationen die Versorgung mit Hebammenleistungen gewährleistet ist.

- Laut §20, Absatz 2 berät und unterstützt die obere Gesundheitsbehörde die unteren Gesundheitsbehörden bei der Personalgewinnung und Personalentwicklung. Das wäre ein zentraler Einsatzbereich für die neu zu schaffende Stelle der Amtshebamme. Im Bereich der Hebammentätigkeit wären hier dringend Schritte in Richtung einer **Registrierung der Hebammentätigkeit** zu ergreifen. Hier kann die Amtshebamme koordinierende Aufgaben übernehmen und zur spezifischen Personalgewinnung beitragen. Auch eine Mitgestaltung des Weiterbildungsangebots, wie unter §21 beschrieben, für die Berufsgruppe und Berufsgruppenübergreifend wäre wünschenswert.
- §14 beschreibt den Schutz vor gesundheitsschädigenden Umwelt- und Klimaeinflüssen. Gerade Schwangere und junge Säuglinge sind in dieser Hinsicht besonders vulnerabel. An dieser Stelle können Hebammen mit Ihrer Expertise bei Hitzeschutzplänen und deren Umsetzung beratend und unterstützend tätig werden.
- Darüber hinaus sollten bei der im Gesetzesentwurf unter §6 beschriebenen Landesgesundheitskonferenz für ein umfassendes Bild auf die Gesundheitsversorgung im Land auch die weiteren Heilberufe mit einbezogen werden, unter anderem die Hebammen (Abschnitt 5). Nur ein multiprofessioneller Ansatz in der Gesundheitsversorgung wird in Zukunft eine angemessene Versorgung der Thüringer Bevölkerung sicherstellen. Daher ist es sinnvoll, auch die Heilberufe frühzeitig mit einzubeziehen.

1.Landesvorsitzende HLV Thüringen e.V.

Erfurt, den 15.01.2024